

Sonnabend, 22. Dezember 1906.

Weit über 3000 zahlende Abonnenten!

Nr. 95. Erster Jahrgang.

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Friedrich Althoff.
Für die Inserate verantwortlich:
Uthoff Kupfer.
beide in Aue.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Druck und Verlag
Gebäude Beuthner
(Inh.: Paul Beuthner)
in Aue.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pf. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pf. und wöchentlich 10 Pf. — Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierjährlich 1.50 Mk. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierjährlich 1.92 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pf. — Deutscher Postzeitungskatalog — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Ausnahme von Anzeigen bis spätestens 9^{1/2} Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.
Insertionspreis: Die Gebührenpauschale Korpuszettel oder deren Raum, 10 Pf., Rellamen 25 Pf.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 10 Seiten

Das Wichtigste vom Tage.

Au in Berlin zuständiger Stelle ist von einem bevorstehenden Aufstand der Versabahnen totte nicht das mindeste bekannt.

Der frühere preußische Handelsminister von Möller ist in Vielesfeld von den vereinigten nationalen Parteien als Reichstagskandidat aufgestellt worden.

Der päpstliche Stuhl übermittelte gestern den Mächten eine Note, in der er gegen die Verleihung der Archive der ehemaligen Runtiatur in Paris Einspruch erhebt.

* Näheres siehe unten.

Politischer Wochen-Rückblick.

Schon am 25. Januar wird das deutsche Volk an die Wahlurne treten. Mächtig regt es sich daher auch schon jetzt in allen Parteilagern und die Wahlaufrufe der einzelnen Parteien sind bereits erlassen. Das große Interesse, das durch die Auflösung des Reichstages allgemein erzeugt worden ist, hat natürlich manchen anderen wichtigen Geheimnissen nicht die gehörige Aufmerksamkeit zuteilkommen lassen, so dem Manne des Herzogs von Cumberland. In diesem gab, wie wir mittelten, er bekannt, daß er die Verwirrlösung seiner Rechtsansprüche auf die Krone von Hannover nur und allein durch eine freie Tat des Deutschen Kaisers und des Deutschen Reiches erstrebe, daß er wünsche, daß der braunschweigische Regierungsrat und die Landesversammlung sich entschließen, die streitige Rechtsfrage ob sein jüngster Sohn bei Durchführung der Vorschläge des Herzogs die rechtlichen Voraussetzungen erfülle, die sich aus der Reichs- und der Landesverfassung für seine Thronbesteigung im Herzogtum Braunschweig ergeben, der Entscheidung des Reichsgerichts als Schiedsgericht zu unterwerfen. Daraufhin ist der braunschweigische Regierungsrat aber nunmehr zu dem Entschluß gelangt, den herzoglichen Antrag auf Anrufung des Reichsgerichts abzulehnen.

Auch dem Besuch des Königspaares von Norwegen am deutschen Kaiserhofe ist keine allzu große Beachtung zuteil geworden. König Haakon betonte in seinem Trunkspruch besonders, daß er wie sein norwegisches Volk die aufrichtigste Freude an dem guten Einverständnis empfindet, daß zwischen Deutschland und

Norwegen existiert. Man kann gerade nicht sagen, daß dies eine recht bedeutungsvolle Erklärung war. Für Frankreich wurde der 13. Dezember ebenfalls zu einem wichtigen Tage. Am 11. Dezember um Mitternacht hat das Koncordat das am 15. August 1801 nach langwierigen Verhandlungen zwischen Papst Pius VII. und der ersten französischen Republik geschlossen worden war, ausgeholt zu bestehen und am 13. Dezember ist das Separationsgesetz vom 9. Dezember 1905 in Kraft getreten. Wie zu erwarten war, ist es bei der Ausführung dieses Gesetzes schon zu mehrfachen Auseinandersetzungen gekommen. In Lyon, Nantes, Montpellier, Uras erhoben sich Volksmassen zu Gunsten ihrer Bischöfe. Berechtigtes Aufsehen erregte die Ausweisung des Mr. Montagnini aus Paris. Diese Ausweisung hat auch zu einer Verstimmung zwischen dem Vatikan und Spanien geführt. Am Tage der Ausweisung wurde nämlich im Auftrage des Staatssekretärs, des Kardinals Merri, der Vatikanische Botschafter beim päpstlichen Stuhle angewiesen, den spanischen Botschafter in Paris darum zu ersuchen, die Obhut über die Archive der Runtiatur zu übernehmen und den Vatikan zu vertreten. Die spanische Regierung ihrerseits aber rückte auf Grund eines außerordentlichen Ministerrates an ihren Pariser Botschafter die Aufforderung, die Obhut über die Archive nur mit Genehmigung der französischen Regierung zu übernehmen, sich jeder Einmischung zwischen Frankreich und dem Vatikan zu enthalten. Die spanische Regierung hat sich also auf Seiten Frankreichs gestellt.

Auch in Italien ist man in gewissen Kreisen mit dem Vorgehen der Herren Clemenceau und Briand nur zu sehr einverstanden. Die fortgeschrittenen liberalen Parteien und Bevölkerungsgruppen, Demokraten, Sozialisten und Republikaner, Masonianer und Freimaurer begrüßen die Kunde von der französisch-vatikanischen Kriegserklärung mit Jubel. In Rom es sogar zu einer antifaschistischen Kundgebung vor der französischen Botschaft, wobei die Rufe: „Es lebe Clemenceau!“ „Nieder mit dem Vatikan!“ „Nieder mit den Feinden des Vaterlandes!“ einander ablösten. Zahllose Glückwünsche gingen aus Rom wie aus ganz Italien an Clemenceau. Immer stärker wird die Stimmung eines großen Teiles des italienischen Volkes zu Gunsten Frankreichs, immer geringer zu Gunsten Deutschlands. So wie in der Deputiertenkammer der Sozialist Bisolati darauf hin, daß die sozialistische Partei Italiens stets für gute Beziehungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn gewirkt habe, daß, da ein herzliches Einvernehmen zwischen Italien und Österreich-Ungarn seine natürliche Grundlage in den Tatsachen habe, der Friedbund für Italien ein untrügliches Band und eine schwere Verpflichtung ohne genügende Gegenleistung sei. Man sieht hieraus, wie wenig Deutschland noch auf Italien rechnen kann. England hat eben nicht nur Frankreich und Spanien, sondern auch Italien fest am Gürtelbande.

Das politische Jahr 1906.

(II.) (Nachdruck verboten.)

Im Reichstage hatte inzwischen Graf Posadowsky wieder seinen wochenlangen Kampf um sein Gehalt zu führen, wie das ja in jedem Jahre der Fall ist. Wird ihm doch bei dieser Gelegenheit der Wunschkettel über soziale und wirtschaftliche Reformen vorgelegt und zu jedem einzelnen Wunsch muß der geplagte Herr Rede und Antwort stehen. Wahrscheinlich, man staunt darüber, wie dieser Mann der Arbeit auch in die kleinste Angelegenheit seines Rehorts eingedrungen ist, und wundert sich, daß er nur persona grata, nicht aber nach Verdienst personam gratissima ist. Im Laufe dieser Debatte kam auch ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts für die Landstags der Bundesstaaten zur Erörterung. Die gemäßigten Parteien meinten, die Initiative zu einem solchen Gesetze müsse von den Bundesstaaten selbst ausgehen. Graf Posadowsky aber entgegnete, das allgemeine direkte Wahlrecht habe sich als ein Rechensfehler erwiesen, gleichwohl steht die Reichsregierung fest auf dem Boden dieses Wahlrechts. Es wäre ja bedauerlich, daß Preußen ein anderes Gesetz habe, aber, wenn die Arbeiter in Preußen mit an der Gesetzgebung arbeiten wollten, müsse es Vorbedingung sein, daß sie sich auch den monarchischen Prinzipien unterordnen. Im übrigen hatte sich Graf Posadowsky über Versicherungswesen, Rechtsfähigkeit der Arbeitervereine und Arbeiterkammern, Gewerkschaften, Selbstbeschaffung, staatliche Weinkontrolle im Anschluß an den Pantzerprozeß Sartorius, Genickarte, Viehseuchengesetz, Impfzwang und Geheimrat im mittleren zu äußern, also eine Blätterlese von allerhand schönen Sachen zu liefern. Inzwischen war in unserem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten eine Wendung eingetreten, an die man nicht recht geglaubt hatte. Die Amerikaner sind trotz aller ihrer Sympathien für uns lediglich Rechner und Kaufleute. So wollte es nicht gelingen, einen Handelsvertrag mit Amerika zustande zu bringen und der Zollkrieg stand

in drohender Aussicht. Um ihn zu vermeiden, beschloß der Reichstag, einem Handelsprovisorium mit Amerika zuzustimmen, das bis zum 30. Juni 1907 in Geltung bleiben soll und die Möglichkeit gewährt, die Sähe der Handelsverträge schon jetzt auch auf Amerika anzuwenden. Voraussetzung ist dabei natürlich das Zustandekommen eines Handelsvertrages. Ob das aber bis Mitte des nächsten Jahres der Fall sein wird, erscheint mehr als fraglich, zumal doch die Amerikaner erst gegen Ende des Jahres Maßnahmen zur Einleitung der erforderlichen Enquête in Deutschland getroffen haben.

Geraade in dieser Zeit hatte mit dem gesamten Deutschen Reich namentlich die Reichshauptstadt Berlin frohe Festtage gefeiert. Hatte es doch gegolten, die Silberne Hochzeit des Kaiserpaars gleich mit der Vermählung des Prinzen Eitel Friedrich feierlich zu begehen. Die aus allen Teilen des Reiches in Berlin zusammengetrommten Scharen haben es wohl am besten erkennen lassen, daß die Treue zu Kaiser und Reich auch in der heranwachsenden Generation noch nicht erloschen ist. Die Gesichter der Menschen, die sich in diesen Tagen in B. unter den Linden drängten, ließen keine Reichsverdrossenheit erkennen. In Südwürttemberg ereignete sich damals eine helle Geschichte. Der Befehlkapitän Cornelius hatte sich mit seinen Leuten ergeben. Diese waren in dem Glauben, sie brauchten bloß ihre Gewehre abzugeben und zu versprechen, nicht mehr Orlog machen zu wollen, dann sei alles gut. Als sie aber erfuhrn, daß sie auch ihr Vieh, das sie in ihren Monate langen Raubzügen erbeutet hatten, abliefern müßten, wurden die Geschützter immer länger und während ihr Kapitän noch weiter verhandelte, verschwanden seine Leute in aller Stille natürlich mit dem Vieh. Da Cornelius sie nicht zurückholen konnte, blieb ihm nichts weiter übrig, als ebenfalls bei ihnen zu bleiben und weiter Orlog zu machen. Glücklicherweise, und wahrscheinlich hatte Cornelius selbst die Sache so geschoben, konnte die ganze Bande gleich darauf, nämlich schon am 3. März, gefestigt und diesmal durch Hauptmann Vollmann reell gefangen genommen werden. Am 10. März schloß Eugen Richter die Augen zum letzten Schlummer, aufrechtig betraut von Freund und Gegner,

Politische Tageschau.

Aue, 22. Dezember 1906.

Zum Rücktritt des Kultusministers.

Berliner und andere Blätter wollen wissen, daß der Kultusminister gehen will, einige meinen, er folle den Wünschen der Linksliberalen zum Opfer fallen, andere, er werde ohne Herrn Althoff nicht fertig werden können und ziehe deshalb vor, zu gehen. Letzteres erscheint uns als das Wahrscheinlichste. Herr Althoff ist schwer erkrankt, Herr Althoff, das treibende Moment der ganzen Studischen Politik. Da man aber in Herrn Studi doch immer das Haupt und die verantwortliche Stelle für alle Maßnahmen des Ministeriums erblicken mag, so kann es nicht Wunder nehmen, wenn sich Unruhe weiter breite über den augenblicklichen Zustand im Kultusministerium gegen die Person Studi richtet. Dazu kommt, daß der polnische Schulstreit Herrn Studi durchaus unbehaglich ist. Er ist keine Unannehmlichkeiten am liebsten. Zumal hat er den Kampf angenommen, jetzt aber, wo auch das Gremium nobis volens verabschiedet worden ist, steht er auch gegen diesen im Kampf. Man wird daher auf sein Scheiden gefaßt sein können.

Die Protestnote des Papstes an die Mächte.

Gestern wurde die Protestnote des Papstes an die Mächte veröffentlicht. Sie beginnt mit einem heiligen Einspruch gegen die Hanssuchung bei Montagnini und seine Ausweisung. Beides sei eine Abnormalität ohne Beispiel in der Kulturwelt. Bisher sei dies auch Abbruch der diplomatischen Beziehungen die Regierung des Botschafters und seine Archive geschont wurden. Das Schlimmste sei, daß auch der Altenkatalog und der Chiffrellschlüssel in der Hand der Regierung sei, so daß diese mittels der aufgemalten Telegrammkopien die ganze Korrespondenz des Vatikans mit dem Konsul Lorenzini nachprüfen könne. Nun folgt der Hauptpunkt: Der Papst bessagt, daß Frankreich das Hauptrecht des Papstes, auf irgend eine Weise mit den Katholiken zu korrespondieren, angelassen habe. Der Vorwand Frankreichs sei unhaltbar, da Montagnini keinen Kontakt mit drei protestantischen Pfarrern gehabt habe. Allen Vertretern

wie er stets im Leben auch ein aufrichtiger Freund und ein aufrichtiger Gegner gewesen war. Ein kleiner Standabschlag gab das der öffentlichen Besprechung vielen Stoff, nämlich die Entmündigung des Herzogs Paul Friedrich zu Mecklenburg-Schwerin wegen Verschwundensucht. Seine Schulden waren auf fünf Millionen bemessen. Aber diese Momente werden unter dem Sturz des französischen Kabinetts Rouvier von der Oberfläche verdrängt, namentlich aber von den schaurigen Meldungen über das Grubenunglüx in Courrières, wo durch eine entsetzliche Explosion an die tausend Arbeiter in den verwahrsamen Schächten einer französischen Bergwerksfirma lebend ihr Grab fanden. Regte sich schon infolge dieser Nachrichten das Mitgefühl Deutschlands, so steigerte sich die Sympathie noch, als bekannt wurde, daß die verantwortlichen Ingenieure jeden Versuch, noch etwa Lebende zu bergen, als aussichtslos unterließen. Jetzt macht sich eine deutsche Rettungsmannschaft aus Herren auf und drängt mit ihren Apparaten in die ausgebrannten Schächte ein. Dank ihrer Tätigkeit gelang es, noch etwa dreißig bereits als tot erachtete Arbeiter zu retten und den übrigen wiederzugeben, ein Verdienst, das die ganze zivilierte Welt, Frankreich an der Spitze, anerkannte. Auch Kaiser Wilhelm nahm aus Anlaß der Überredung der Düsseldorfer Husaren nach Krefeld Gelegenheit, die Rettungsmannschaften sich vorstellen zu lassen und sie auszuzeichnen. So erhebend nun diese Angelegenheit für das deutsche Volksbewußtsein gewesen war, so beschämend und gestaltete sich zunächst eine andere Angelegenheit, auf die wir bereits zu Anfang dieser Übersicht hingewiesen haben. Wir meinen den Kolonialkandal, der um diese Zeit groß zu werden begann. Im vorigen Jahre hatte bereits die Affäre von der famosen Cousine des Gouverneurs v. Puttkamer allgemeines Aufsehen erregt und uns hämische Bemerkungen von Seiten des Auslandes eingetragen. Von allen den Leuten, die sich damals um die kolonialen Angelegenheiten kümmern begonnen hatten, war einer der junge Zentrum-Abgeordnete, Abgeordneter Erzberger gewesen, der sich die Kolonien als das Feld auseesehen hatte, wo er seine Sporen als Parlamentarier verbreiten wollte. Die angeblich nicht gerecht-